

Redebeitrag des NPD-Abgeordneten Arne Schimmer in der Debatte zum Abschlußbericht des 3. Untersuchungsausschusses der 5. Wahlperiode des Sächsischen Landtags (Drs. 5/14688)

Es gilt das gesprochene Wort

„Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen/ Den Vorhang zu und alle Fragen offen.“ – Dieses Zitat aus dem Epilog von Bertold Brechts Theaterstück „Der gute Mensch von Sezuan“ paßt perfekt zur bisherigen Aufarbeitung des sogenannten NSU-Komplexes. Dieses Zitat paßt deshalb so perfekt, weil nicht nur die Liste der Widersprüche, offenen Fragen und Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung dieser Verbrechenserie geradezu unvorstellbar lang ist, sondern auch die starke Verdunkelungsbereitschaft staatlicher Organe zeigt, daß der gesamte NSU-Komplex eine Staatsaffäre darstellt, in der Aufklärung unerwünscht ist. Die Linie, auf die sich die sächsischen Behörden festgelegt haben, läßt sich mit zwei Sätzen zusammenfassen, der erste lautet: „Nicht in Sachsen, sondern nur in Thüringen wurden Fehler gemacht“, der zweite lautet: „Die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz darf nie grundsätzlich in Frage gestellt werden“.

Eine auch nur ansatzweise Aufklärung des NSU-Komplexes ist so natürlich nicht möglich, aber die ist ja schließlich auch gar nicht gewünscht, obwohl es gerade in Sachsen sehr viel aufzuklären gäbe, denn schließlich haben sich Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in der fast vierzehnjährigen Zeit ihres Untertauchens fast ausschließlich auf dem Gebiet des Freistaats Sachsen aufgehalten.

Auch das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) war ständig dran am allerengsten NSU-Umfeld. Schon am 29. Juli 2000 observierte das LfV Sachsen unter dem Fallnamen „Steiger“ ein Treffen in Johanngeorgenstadt zur Vorbereitung eines Konditionsmarschs, an dem auch André Eminger teilnahm.

Seit dem Sommer 2000 war also der letzte Kontaktmann von Beate Zschäpe, André Eminger, im Visier des Landesamtes, und blieb dort auch für die folgenden Jahre, mal gab es, wie im März 2003, Überlegungen, ihn als V-Mann zu gewinnen, mal gab es, wie im Dezember 2006, weitere Observationen unter dem phantasievollen Namen „Grubenlampe“.

Noch viel unglaublicher ist der Fall des V-Manns Primus alias Ralf Marschner, der von allen seinen Freunden nur „Manole“ gerufen wurde und im Auftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz spitzelte. Der Fall dieses Zwickauer Skinheads und V-Mannes ist dazu geeignet, den gesamten NSU-Komplex in seinen Grundfesten zu erschüttern. Marschner wurde von 1992 bis 2002 als V-Mann im Bereich Rechtsextremismus eingesetzt und wohnte nach dem Umzug des Trios von Chemnitz nach Zwickau im Juli 2000 in unmittelbarer Nähe der Zwickauer Polenzstraße, wo Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe wohnten. Obwohl V-Mann Primus als absolute Top-Quelle galt, über die gesamte rechte Szene in Westsachsen ausführlichst berichtete und Hunderte von Konzertbesuchern von Skinhead-Konzerten identifizierte, soll er angeblich im Rahmen seiner V-Mann-Tätigkeit nie über das Trio berichtet haben, obwohl eine Zeugenaussage vorliegt, daß Beate Zschäpe in einem seiner Läden in Zwickau ein Stammgast war.

Dieser V-Mann Primus alias Ralf Marschner besaß in Zwickau aber nicht nur zwei Szene-Läden, sondern auch eine Bau-Firma, und genau für jene Firma mit dem Namen Bauservice Marschner wurde für den 13. Juni 2001 von 18 Uhr bis zum 14. Juni um 18 Uhr ein Lieferwagen angemietet, genau für das kurze Zeitfenster, in dem sich in Nürnberg der zweite Mord der sogenannten Ceska-Mordserie ereignet. Aber damit nicht genug: Obwohl sowohl Marschners Läden als auch sein Baugeschäft schlecht laufen und die Anmietung größerer Fahrzeuge deshalb eine absolute Ausnahme bleibt, wird über die Baufirma des V-Manns Primus auch für den 29. August 2001 ein Fahrzeug angemietet, als sich in München der vierte Mord der sogenannten Ceska-Serie an dem Gemüsehändler Habil Kilic ereignet.

Was in einem normalen kriminalistischen Verfahren als brennend heiße Spur gelten würde, wird hier bagatellisiert, denn im NSU-Verfahren sind die Regeln eines normalen Verfahrens auf den Kopf gestellt. Alles, jedweder noch so gravierende und noch so zum Himmel schreiende Widerspruch wird hier entweder zur Panne oder zum Zufall erklärt, und niemand soll es wagen, Fragen zu offensichtlichsten Widersprüchen zu stellen, denn dann ist man ein Verschwörungstheoretiker oder ein Spinner. Die völlig aus dem Rahmen fallenden Fahrzeug-Anmietungen über Marschners Baufirma sind hier in dieser zynischen Lesart also ein Zufall, die

Vernichtung von Marschners V-Mann-Akten schon vor dem Ende der Löschfrist sind dann also eine Panne.

Mit dieser völlig selbstreferentiellen und redundanten Art und Weise der Argumentation wird der eigentliche Untersuchungsgegenstand hermetisch vor jedweder Aufklärung abgeschirmt und man kann dennoch – wenn auch mehr schlecht als recht – eine Art pseudorechtsstaatlicher Fassade mit Müh und Not aufrechterhalten. Gebetsmühlenartig und argumentationslos wird ständig das Mantra wiederholt, daß der sogenannte Verfassungsschutz doch tolle Arbeit leistet und den Rechtsextremismus bekämpft, wie es beispielsweise der Kollege Biesok hier anlässlich unserer Aktuellen Debatte zum Thema, die im Juni stattfand, erklärte. Dieses von Herrn Biesok angesprochene „Bekämpfen“ darf man sich dann wahrscheinlich so vorstellen wie in Thüringen, wo der V-Mann Tino Brand als Anführer des „Thüringer Heimatschutzes“ mit 200.000 DM Staatsknete aus den Säckeln des sogenannten Verfassungsschutzes erst in großem Maßstab politisch handlungsfähig gemacht wurde und außerdem Straftaten am Fließband begehen konnte, wobei die zugehörigen Ermittlungsverfahren immer niedergeschlagen wurden, oder wie hier im Freistaat Sachsen, wo der V-Mann Primus dick im Vertrieb illegaler „Landser“-CDs mitmischte, der sogar, wie man heute im Rückblick feststellen kann, in weiten Teilen in der Hand von V-Leuten diverser Geheimdienste lag.

Aber nicht nur die Umstände des Untertauchens des Trios in Zwickau sind bemerkenswert, sondern auch das zweieinhalbjährige Untertauchen in Chemnitz vom Januar 1998 bis zum Juli 2000 ist durch diverse Merkwürdigkeiten gekennzeichnet. Das gesamte Blood & Honour-Netzwerk im Chemnitz der Jahrtausendwende, das das Trio beim Untertauchen unterstützte, war von V-Leuten durchsetzt, wurde akribisch von diversen Geheimdiensten überwacht und war Gegenstand zahlreicher G-10-Maßnahmen.

Allein im Jahr 2000 führte das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz mehr als ein halbes Dutzend Observationsoperationen in Chemnitz unter der Bezeichnung „Terzett“ durch, parallel dazu observierte auch das Thüringer Landesamt die Strukturen der Skinheadvereinigung „Blood & Honour“ in der Stadt.

Die Bemerkenswerteste dieser Observationen wird sich am 6. Mai 2000 in Chemnitz zutragen: Dort fotografiert um 19 Uhr 10 eine Observationsstreife Uwe Böhnhardt vor der Bernhardstraße 11 und macht dann – nichts. Uwe Böhnhardt kann in dieser Nacht wohl noch mutmaßlich in der Bernhardstraße 11 übernachten, aber eine Festnahmeeinheit wird nicht benachrichtigt und damit eine einmalige Möglichkeit wieder vertan. Das Ganze geht dann genauso schlecht und dilettantisch weiter: Die Fotos bleiben erstmal wochenlang liegen, bevor das BKA mit Blick auf alte Fotos von Böhnhardt zu der Feststellung kommt – ich zitiere – „die bei einem allgemeinen Vergleich festgestellten optischen Übereinstimmungen deuten darauf hin, daß es sich bei den auf den betreffenden Aufnahmen abgebildeten Personen um ein und dieselbe Person handelt.“ Der Zielfahnder Sven Wunderlich wird über Böhnhardts Sichtung vor dem Haus von Mandy Struck dann geschlagene neun Tage später informiert.

Soll man sich wirklich wundern, daß die Wut der Kripobeamteten auf den Thüringer Geheimdienst immer weiter wächst, und der Zielfahnder Wunderlich dann in einem Vermerk die mehr als naheliegende und nachvollziehbare Überlegung äußert, daß Beate Zschäpe eine V-Frau des Verfassungsschutzes sei? Und das zieht sich doch wie ein roter Faden durch die ganzen Bemühungen, das untergetauchte Trio festzunehmen: Hinter dem aufgesetzten Aktivismus, der wie ein großes Alibi wirkt, kommt gähnendes Desinteresse, ja, mehr noch, der regelrechte Wille zur bewußten Sabotage der eigenen Bemühungen zum Vorschein, wenn Festnahmen möglich sind. So liegt mittlerweile ja auch die bemerkenswerte Zeugenaussage eines Jenaer Polizisten vor.

Dieser Polizist bekam zwei Wochen vor der Verjährungsfrist im Juni 2003 einen Hinweis von einem alten Freund Uwe Böhnhardts, daß sich Böhnhardt wieder in Jena aufhalte, worauf dieser Polizist wiederum bald einen Anruf des Thüringer Polizeipräsidenten Werner Jakstat bekam, der anwies, zwar rauszufahren, ein bißchen zu suchen, aber nichts zu finden. Diese Aussage wurde mittlerweile von einem anderen Beamten, nämlich Marko Grosa, dem damaligen Chef des Staatsschutzdezernats Jena, vor dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuß bestätigt und nochmals mit einer Eidesstattlichen Versicherung bekräftigt.

Ja, meine Damen und Herren, was ist das nun, ein Zufall, oder eine Panne? Ein ähnliches Spiel lief dann auch im August 1998 ab, als der wegen versuchten Mordes vorbestrafte V-Mann „Piatto“ alias Carsten Szczepanski die Quellenmeldung lieferte, nach der sich drei wegen Sprengstoffdelikten gesuchte Untergetauchte im Großraum Chemnitz aufhielten und nun drauf und dran wären, sich zu bewaffnen. Eine Anfrage wegen des Waffenkaufs – die berühmte „Hallo, was ist mit dem Bums“-SMS – ging dann auch tatsächlich auf ein auf den Brandenburger Verfassungsschutz zugelassenes Handy ein. Es muß nicht weiter betont werden, daß auch diese Quellenmeldung versandete. Der Zielfahnder Sven Wunderlich ärgert sich noch heute, daß man ihn und seine Kollegen nicht darüber informierte, daß das Trio sich möglicherweise bewaffnet habe und man so von den Inlandsgeheimdiensten in Lebensgefahr gebracht wurde und zog im Oktober 2013 vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß nochmals das Resümee: – ich zitiere – „Wir sollten das NSU-Trio nicht kriegen.“ – Zitatende –

Was ist aber eigentlich aus dem damaligen V-Mann-Führer Piattos geworden, der dieses gigantische Totalversagen zu verantworten hat? Wurde dieser V-Mann-Führer, was man ja eigentlich erwarten kann, vielleicht entlassen, oder wurde er strafversetzt? Nein, denn dieser V-Mann-Führer heißt Gordian Meyer-Plath, sitzt mittlerweile in der Neuländer Straße in Dresden beim „Landesamt für Verfassungsschutz“ und ist der Chef von dem ganzen Laden. So sehen in Sachsen die Konsequenzen aus, die aus dem NSU-Komplex gezogen wurden, und man wird doch mal die Frage stellen dürfen, was Gordian Meyer-Plath eigentlich neben seinem Totalversagen im NSU-Komplex so richtig gemacht hat, daß er nun auch noch nach dem Auffliegen des NSU Behördenchef geworden ist?

Auch in Sachsen wird beschönigt und gemauert was das Zeug hält, man muß nur mal einen Blick in die Beweiswürdigung von CDU und FDP und auch in den leider recht dürftigen Sachbericht des Bundesanwalts a.D. Volkhard Wache werfen, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Im Grunde genommen sind die vielen Worte in beiden Berichten das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden, es hätte auch gereicht, die Grundaussage in fünfzehn Worten zu komprimieren, die da lauten: „Es sind alles bloß Zufälle und Pannen, und Fehler wurden ohnehin bloß in Thüringen gemacht.“

Die NPD-Fraktion hofft jedenfalls, daß die Staatsregierung mit dieser Linie in den nächsten fünf Jahren, in denen es mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ja einen neuen Untersuchungsausschuß zum NSU-Komplex geben soll, nicht mehr weiter durchkommen wird. Dazu ist dann auch dem neuen Untersuchungsausschuß, der von der NPD unterstützt werden wird, mehr Bissigkeit zu wünschen.

Stefan Aust, der Co-Autor der bahnbrechenden Arbeit „Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU“ hat es in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk am 16. Juni 2014 auf den Punkt gebracht, in dem er sagte – ich zitiere – : „Jetzt sind alle Leute der Meinung, das sind zwei Leute gewesen, die glücklicherweise tot sind, und jetzt können wir den Deckel zumachen. Und das ist, glaube ich, nicht der Fall. Und jeder, der auch nur Fragen stellt, wird irgendwie schon als Verschwörungstheoretiker in Frage gestellt. Das ist das Problem.“ – Zitatende

Ja, meine Damen und Herren, das ist tatsächlich das Problem: Diejenigen, die mit den Maßstäben der kriminalistischen und der allgemeinen Logik an den NSU-Komplex herangehen, werden zu Verschwörungstheoretikern und Spinnern erklärt, und diejenigen, die mauern und beschönigen, versuchen sich selbst den Anschein des Seriösen zu geben, was ja auch bei Debatten in diesem Haus zu diesem Thema ständig der Fall ist.

Aber lassen wir noch jemanden zu Wort kommen, dem man schon aufgrund seiner persönlichen Biographie eine gewisse Autorität zubilligen wird, nämlich Professor Michael Buback, Sohn des von der RAF ermordeten früheren Generalbundesanwalts Michael Buback, der sich mit umfangreichen eigenen Recherchen zum Mord an seinem Vater einen Namen weit über die wissenschaftliche Fachwelt hinaus, in der er wirkt, gemacht hat. In einem Leserbrief unter dem Titel „NSU und RAF“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Mai 2014 schreibt Professor Buback – ich zitiere – :

„Was bringt es, über Beate Zschäpe zu schreiben: „die Einzige, die sagen könnte, wie es war, schweigt beharrlich“? Soll das heißen, die Justiz benötigt die Unterstützung von Angeklagten, um Verbrechen aufzuklären? Angeklagte sind nicht verpflichtet, sich zu belasten. Es gibt keine Alternative zur konsequenten Arbeit der zuständigen Ermittler und Strafverfolger.“

Im ausführlichen Beitrag zum NSU-Verfahren wird nicht auf die vielfältigen Parallelen zum kürzlich beendeten Stuttgarter RAF-Prozess hingewiesen. Auch beim Karlsruher Attentat wurde über sehr lange Zeit nicht gegen dringend Tatverdächtige vorgegangen, Akten verschwanden oder wurden vernichtet, und es gab Kontakte zwischen terroristischem Bereich und Geheimdienst. Der Stuttgarter Senat konnte seine Aufklärungspflicht nicht erfüllen und die Karlsruher Mörder nicht nennen. Beim NSU-Komplex sind Ermittler und Strafverfolger erst nach dem Tode von zwei Tatverdächtigen überzeugt, dies seien die Mörder gewesen, da die Tatwaffe in ihrem Bereich gefunden wurde. Beim Karlsruher Attentat zog die Bundesanwaltschaft den umgekehrten Schluss: Die zwei Personen, die bei ihrer Ergreifung die Tatwaffe mit sich führten, seien nicht die beiden Tatausführenden gewesen, da eine solch brisante Waffe an Dritte weitergegeben würde. Was gilt denn nun?

Die Verbrechensaufklärung wird offensichtlich schwer, wenn es ein Zusammenwirken geheimdienstlicher Stellen mit Personen im terroristischen Bereich gegeben hat, und die weisungsgebundene Bundesanwaltschaft stößt an ihre Grenzen. Wie soll die Aufklärung der NSU-Morde durch die Befragung von Ferienfreunden und ehemaligen Nachbarn des Trios vorangebracht werden, wenn ein Verfassungsschützer, der in Kassel zur Tatzeit beim Tatort war, nichts bemerkt hat?

Wenn Geheimdienste im Spiel sind, kommt man nicht weiter, sagte mir ein kenntnisreicher Beobachter zu Beginn des Prozesses. Dies wollte ich nicht glauben. Wer Angehörige durch ein politisch motiviertes Verbrechen verloren hat, bei dem die Täterschaft in einer Grauzone liegt, muss sehr viel hinnehmen und auf Auskünfte über Tat und Täter verzichten, die nicht nur ehemalige Terroristen geben könnten. Professor Dr. Michael Buback, Göttingen“ – Zitatende –

Sollten diese zutiefst pessimistischen Zeilen, in denen immer noch die spürbare Fassungslosigkeit darüber nachschwingt, daß es in Deutschland offenbar eben doch rechtsstaats- und aufklärungsfreie Zonen gibt, tatsächlich das letzte Wort im NSU-Komplex sein? Aber hören wir doch nochmals eine andere Stimme, nämlich die von Kanzlerin Angela Merkel, die beim Staatsakt für die Opfer des NSU, der am 23. Februar 2012 in Berlin stattfand, ausführte – ich zitiere – :

„Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verspreche ich Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner

aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden in und und Ländern mit Hochdruck.“ – Zitatende

Meine Damen und Herren, wenn die angesprochenen Aufklärungsbemühungen weiterhin im gleichen Stil laufen wie bisher, dann waren die Worte von Frau Merkel wohl eine der ekelhaftesten politischen Lügen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!